Fraktion im Kreistag Gütersloh

Birgit Niemann-Hollatz
Jennifer Reker
Fraktionsvorsitzende

Detlef Gohr
Fraktionsgeschäftsführer

Geschäftsstelle
Blessenstätte 23 A
33330 Gütersloh
fon:05241/2115698

Kreishaus
Herzebrocker Straße 140
33324 Gütersloh
fon:05241- 85-1027

www.gruene-kreitagsfraktion.de
info@gruene-kreistagsfraktion.de

Rede zum Haushaltsplan 2026 des Kreises Gütersloh

Es gilt das gesprochene Wort.

02.03.2026

Sehr geehrte Frau Laukötter,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich starte für unsere Fraktion mit einem Dank an die Verwaltung, die uns einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt hat. Das war sicherlich nicht einfach angesichts der nach wie vor schwierigen finanziellen Lage der Kommunen, die von uns mit Recht verlangen, dass wir einen sparsamen Haushaltsplan aufstellen, um die Kreisumlage möglichst niedrig zu halten.

Es freut uns, dass der Kreis die durch einen Nachtragshaushalt beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe möglich gewordene Entlastung in Höhe von 5,5 Mio. Euro voll an unsere Städte und Gemeinden im Kreis weitergeben wird. Damit wirkt sich diese Einsparung durch die geringere Landschaftsumlage direkt auf die Kreisumlage aus und entlastet die Haushalte der Städte und Gemeinden wirksam.

Ebenso begrüßen wir die vollständige Entnahme der Ausgleichsrücklage, mit der dem Kreis und den Kommunen noch „etwas Luft zum Atmen verschafft wird“, wie es Herr Poppenborg bei der Haushaltseinbringung betont hat.

Einen herausragenden Teil des Haushalts nimmt die Jugendhilfe ein. Die Kosten dafür werden deutlich steigen. Für 2027 ist eine neuerliche Steigerung angekündigt, die zu einem weiteren spürbaren Anstieg der Jugendhilfeumlage schon im nächsten Jahr führen wird.

Wir bedanken uns für die stete und gute Information durch die Verwaltung zu allen Belangen der Jugendhilfe, die Offenheit für Fragen und Anliegen und die Möglichkeit, gemeinsam konstruktive Lösungen zu suchen.

Mit Sorge betrachten wir die Entwicklungen zur Inanspruchnahme von KiTa-Plätzen, sowohl hinsichtlich der Kapazitäten, die die Städte, Gemeinden und freien Träger vorhalten müssen als auch zur Frage, warum Eltern ihre Kinder zunehmend nicht in die KiTa schicken.

Zugleich beobachten wir bei den Bedarfen von Kindern beunruhigende Entwicklungen: Immer mehr Kinder benötigen Integrationshelfer:innen und bei den Hilfen zur Erziehung verschiebt sich der Schwerpunkt von niedrigschwelligen zu intensiven Hilfen. Das zeigt deutlich, dass Kinder auch in unserem Kreis in Not sind. Sie bekommen nicht, was ihre Seele braucht. Gut ausgestattete KiTas und qualifizierte Fachkräfte, die mit herausfordernden Situationen zum Wohle der Kinder umgehen

können und die den Raum haben, insbesondere das Bindungs- und Beziehungsbedürfnis von Kindern erfüllen, können solche Entwicklungen positiv beeinflussen.

KiTas und auch die Kinder-Tagespflege sind weit mehr als Betreuungsangebote. Hier eröffnen sich Bildungs- und Teilhabechancen. Die KiTa ist ein Ort aktiver Integration für Kinder und auch für Eltern. Darüber hinaus ermöglichen KiTas die Berufstätigkeit beider Elternteile. Das schützt Familien vor Armut und wirkt insbesondere der Altersarmut von Frauen entgegen. Auch liegt hier die Chance, dem aktuellen Fachkräftemangel zu begegnen, der eine Ursache für die wirtschaftliche Stagnation ist.

Wir wünschen uns, dass Jugendhilfeausschuss, Verwaltung und (freie) Träger gemeinsam gute Lösungen entwickeln, um KiTas und die Kindertagespflege attraktiv zu gestalten und den Zugang für alle Kinder zu erleichtern. Das ist eine der wichtigen Aufgaben für 2026 und für die folgenden Jahre.

Nachdem der Haushaltsentwurf eingebracht, im Rahmen unserer Haushaltsklausurtage ausführlich mit der Verwaltung besprochen wurde und unsere vielen Fragen beantwortet werden konnten, fiel unser erstes Fazit so aus: wir können dem vorgelegten Haushaltsentwurf gut zustimmen.

Ums so erstaunter waren wir über das, was dann passierte: die anderen Fraktionen übertrafen sich nahezu gegenseitig mit immer mehr unnötigen und aus unserer Sicht untragbaren Anträgen! Und nun?, fragten wir uns. Was machen wir jetzt?

Immerhin: Gleich 2 Anträge hat die CDU selbst wieder zurückgezogen, weil sie erkennen musste, dass sie nicht sinnvoll sind bzw. keine Einwirkungsmöglichkeit besteht. Aber zunächst hat die Verwaltung in langen Vorlagen darlegen müssen, warum eine Zustimmung zu den beiden CDU-Anträgen – dem Stopp von Bau- und Planungsmaßnahmen der Kreisleitstelle und die Ablehnung von Haushaltsmitteln für das OWL-Projekt Klimaresiliente Region - nicht ratsam sind bzw. im Fall der Kreisleitstelle im Endeffekt ein Baustopp viel mehr Geld kosten würde als eingespart werden könnte.

Aktuell stellt die CDU zum Thema Feuerwehr- und Rettungsdienstzentrum einen neuen Antrag. Alle Kreise ringsherum sollen angesprochen werden mit dem Ziel, sich zu vernetzen. Dabei haben wir im September bereits beschlossen, mit dem Kreis Paderborn eng zusammenzuarbeiten und einen Letter of Intend abzuschließen. Auch mit Warendorf ist längst die Kontaktaufnahme geplant. Damit haben wir uns auf den Weg gemacht, unsere Ausfallsicherheit und Widerstandfähigkeit zu erhöhen, mit dem Zweck, dass bei einem eigenen Ausfall gegebenenfalls die Nachbarleitstelle einspringen kann. Arbeiten wir doch mit Paderborn und Warendorf erstmal zusammen und treten nach und nach an weitere Nachbarkommunen heran. Dafür brauchen wie diesen Antrag nicht.

Wir Grüne haben einen Antrag zur strategischen Haushalts-, Finanz- und Personalplanung gestellt, von dessen Dringlichkeit und Erfordernis wir überzeugt sind. Wir haben die Einrichtung eines Arbeitskreises für die strategische Haushaltsplanung beantragt. Dieser Arbeitskreis soll die Aufgabe bekommen,

- Konsolidierungsvorschläge unter Berücksichtigung von Pflichtaufgaben, gesetzlichen Standards sowie politisch definierten Zielsetzungen zu erarbeiten,
- Vorschläge zur nachhaltigen Haushaltsstabilisierung vorzulegen, ohne zentrale Zukunftsaufgaben zu gefährden und
- schließlich für das Haushaltsjahr 2027 einen Maßnahmenkatalog mit Konsolidierungsvorschlägen vorzulegen.

Wir bitten Sie, unserem Antrag heute zuzustimmen und damit schon jetzt den Weg zu gemeinsamen Beratungen zum Haushaltsentwurf 2027 einzuschlagen.
Alternativ: Leider haben wir dafür keine Mehrheit bekommen.

Uns ist ein gemeinsames Vorgehen von Verwaltung und Politik wichtig, weil sowohl der Kreis als auch die Kommunen bei der Aufstellung ihrer Haushalte mit dem Rücken zur Wand stehen. In diesem Jahr hat die Verwaltung die Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage mit 7,6 Mio. Euro durch die vollständige Entnahme der Ausgleichsrücklage noch möglichst geringhalten können. Doch Herr Poppenborg kündigte eine drastische Erhöhung der Kreisumlage für 2027 an. So hat er bereits bei der Einbringung dieses Haushalts für 2027 einen gravierenden Anstieg der allgemeinen Kreis- und der Jugendhilfeumlage um insgesamt 32 Mio. Euro prognostiziert.

Dazu kommen in den nächsten Jahren erhebliche **Investitionen,** unter anderem in den Bau des Feuer- und Rettungsdienstzentrums sowie in zahlreiche Gebäude und Strukturen der Schulen des Kreises Gütersloh. Hier muss in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen investiert und der immense Investitionsstau endlich angegangen werden. Beides duldet keinerlei Aufschub. Zugleich verschärft sich allerdings auch die herausfordernde finanzielle Lage.

Umso wichtiger ist es, dass Verwaltung und Politik gemeinsam finanzielle Möglichkeiten ausloten, um Handlungsspielräume zu identifizieren und sich frühzeitig interfraktionell über eine strategische und nachhaltige Haushaltssteuerung und schließlich über Konsolidierungsmaßnahmen zu verständigen.

Angesichts der großen finanziellen Herausforderungen halten wir eine vorausschauende und strategische Haushaltssteuerung für unabdingbar. Dynamisch steigende Sozialausgaben, inflationsbedingte Kostensteigerungen, Aufgabenzuwächse und schwer planbare Steuereinnahmen der Kommunen erfordern eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung. Der Arbeitskreis soll hierfür den notwendigen Rahmen schaffen – vertrauensvoll, fachübergreifend und lösungsorientiert.

Wir erwarten, dass zur strategischen Haushalts-, Finanz- und Personalplanung möglichst bald ein Prozess aufgesetzt wird, der in den nächsten Jahren im Rahmen von Aufgabenkritik vorhandene Strukturen hinterfragt, Lösungen aufzeigt und Prozesse optimiert. Wir bitten die Verwaltung, diesen Prozess zu steuern und einen passenden Kommunikationsstil und Rahmen für die Beratungen vorzuschlagen.

Die Verwaltung hat angekündigt, noch in diesem Jahr eine mittelfristige strategische Personalplanung bis 2031 vorlegen. Darin sollen Optimierungspotentiale aufgezeigt werden, die dann die Basis für politische Vorgaben, Prioritäten und Einsparvorschläge sein können. Das halten wir für einen guten Vorschlag und wir warten ab, was von der Verwaltung vorgelegt wird.

Hier haben CDU, UWG und FDP offensichtlich andere Vorstellungen: Sie haben die Streichung in der Größenordnung von 150 Stellen beantragt! Wir meinen: Das ist ein unverantwortlicher Antrag, angesichts der Erwartung, dass durch natürliche Fluktuation bis 2031 allein 600 Mitarbeitende den Kreis verlassen werden. Es ist nicht zu erwarten, dass alle diese Stellen wieder besetzt werden können.

Wir werben für ein differenziertes Vorgehen. Pauschale Kürzungen sind aus unserer Sicht nicht geeignet, die Verwaltung zukunftsfest aufzustellen. Wir sprechen uns für eine fundierte Stellen- und Aufgabenkritik, für gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte sowie eine strategische Nachbesetzung benötigter Stellen aus. Undifferenzierte Einsparungen wie hier durch die pauschale Streichung von 150 Stellen, mögen sich für manche erstmal attraktiv anhören, sie schwächen jedoch langfristig die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Notwendig ist vielmehr ein Prozess, der Strukturen auf den Prüfstand stellt, Abläufe strafft und vorhandene Kompetenzen der Mitarbeitenden stärkt.

Eine leistungsfähige Verwaltung lebt vom Wissen und dem Engagement ihrer Mitarbeitenden. Wer Personalabbau ohne strategisches Konzept betreibt, riskiert Fachwissen sowie Handlungsfähigkeit und sorgt letztendlich für Unzufriedenheit bei den Mitarbeitenden.

Wir plädieren stattdessen für eine langfristig angelegte Personalentwicklung, die digitale Kompetenzen fördert, Doppelstrukturen abbaut und zugleich die Qualität öffentlicher Dienstleistungen sichert. Auch der Einsatz neuer Technologien muss realistisch bewertet werden. Künstliche Intelligenz kann Prozesse unterstützen, sie ersetzt jedoch keine qualifizierten Fachkräfte und erfordert zunächst Investitionen.

Eine pauschale, kurzsichtige Streichung von 150 Stellen, wie hier beantragt, lehnen wir mit voller Überzeugung ab!

Ich möchte auf einige Anträge – insbesondere auf die, die unsere Zustimmung nicht finden – genauer eingehen.

Gewundert hat uns, dass die CDU ein Artenschutzprojekt der Jäger und Jägerinnen, die in der Regel zu den CDU-Unterstützenden zu zählen sind, ablehnt. Ein Artenschutzprojekt, das in einigen Nachbarkreisen erfolgreich läuft. Uns hat die Vorstellung des neuen Biodiversitätsprojektes zur Stärkung einer vielfältigen Struktur und zur Schaffung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere im Ausschuss für Klima und Umwelt jedenfalls überzeugt. Wir werden heute dafür stimmen und einem Zuschuss in Höhe von 37.500 Euro verteilt auf 3 Jahren zustimmen. Wir hoffen, dass dieses Projekt heute mit einer Mehrheit doch noch auf den Weg gebracht werden kann. An die FDP gerichtet hier der Hinweis: wir sehen es auch so, dass das Engagement des Kreises mit der Anschubfinanzierung für 3 Jahre beendet ist. So sieht es auch der Beschluss vor, es kann aber gerne ausdrücklich nochmal klargestellt werden, wenn davon Ihre Zustimmung abhängt.

Für uns passt es nicht zusammen, dass die CDU gleichzeitig zur Ablehnung des genannten Artenschutzprojektes eine neue freiwillige Ausgabe für den Musikerbund im Kreis Gütersloh beantragt. Damit, liebe CDU-Kolleginnen und -Kollegen, wird ein Präzedenzfall für eine gezielte Förderung einer Gruppe geschaffen, und es ist zu erwarten, dass damit Begehrlichkeiten bei anderen geweckt werden. Da machen wir nicht mit.

Bei der Erhebung von Elternbeiträgen für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sind wir zurückhaltend. Wir stimmen jedoch einem ergebnisoffenen Prüfauftrag an die Verwaltung zu. Dabei erwarten wir jedoch ausdrücklich die Berücksichtigung von einkommensschwachen Familien, die sich einen zusätzlichen Beitrag zur Anschaffung von Geräten nicht leisten können.

Für dieses Jahr planen wir, besonderes Augenmerk auf die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu legen. Klimaschutz hat für uns eine herausragende Rolle. Umso wichtiger ist es konsequent die Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele hier im Kreis weiter zu realisieren. Dazu gehört eine ausreichende Personalausstattung. Kürzungen bei den Personalaufwendungen im Bereich Klimaschutz sehen wir sehr kritisch.

Mit Blick auf die gesamten Haushaltsberatungen betrachten wir es als kontraproduktiv, Anträge zu stellen, die pauschale Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip beinhalten, die die Verwaltung unnötig beschäftigen und vielleicht nur den Sinn einer Profilierung in eigener Sache erfüllen. Anträge, die Verunsicherung und Unzufriedenheit bei Mitarbeitenden hervorrufen, sind für uns nicht zustimmungsfähig. Darauf können wir verzichten. Und wir erwarten von allen Fraktionen einen wertschätzenden Kommunikationsstil. Diskussionen nicht zuzulassen, bei der Verwaltung angefragte Stellungnahmen durch die Beendigung von Beratungen abzumoderieren – so geschehen in der letzten Sitzung des Finanzausschusses – gehören definitiv nicht dazu.

Nun zu unserem **Fazit zum Haushaltsplan 2026:** Hätten wir dem von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsentwurf noch voll zustimmen können, kamen uns nach der Flut von Anträgen, die wir zum Teil kritisch sehen und gegen die wir stimmen, zunächst Zweifel.
Doch bei aller geäußerter Kritik, werden wir heute insgesamt dem vorliegenden Haushaltsplan zustimmen. Damit möchten wir eine demokratische Mehrheit sicherstellen und die Basis für eine gute interfraktionelle Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen legen.

Und wir möchten damit auch der Landrätin den Rücken stärken für die Beratungen zur Haushaltskonsolidierung, die vor uns liegen. Wir trauen ihr und dem Verwaltungsvorstand zu, einen guten Prozess in Gang zu setzen.

Im Namen der Grünen Fraktion danke ich allen in der **Verwaltung** für die **gute, konstruktive und offene Zusammenarbeit**. Vielen Dank an alle, die uns bei unseren Haushaltsberatungen unterstützt, sich mit uns ausgetauscht und unsere Fragen umfassend beantwortet haben. Vielen Dank an alle Dezernenten und Dezernentinnen, die zum Teil mit ihren Teams zu uns gekommen sind. Vielen Dank für die konstruktiven Gespräche und Diskussionen. Den stets transparenten Umgang mit den Herausforderungen und den Lösungswegen wissen wir sehr zu schätzen.

Abschließend bitte ich alle demokratischen Fraktionen und Kreistagsmitglieder: Lassen Sie uns auch in diesem Jahr im Kreistag konstruktiv zusammenarbeiten und lassen Sie uns gemeinsam konsequent einsetzen für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, für Menschenrechte und Menschenwürde, für Frieden in Freiheit und für Sicherheit. So stärken wir den Zusammenhalt hier in unserem Kreis stärken und geben Sicherheit.

Ich danke Ihnen allen fürs Zuhören.

Birgit Niemann-Hollatz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Gütersloh